



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

—
Postulat Rodriguez Rose-Marie / Bonny David
Schaffen einer Lebensmittelbank!

2021-GC-165

I. ZUSAMMENFASSUNG DES POSTULATS

Mit einem am 3. November 2021 eingereichten und begründeten Postulat fordern Grossrätin Rose-Marie Rodriguez und Grossrat David Bonny, dass sich der Staatsrat für die Schaffung einer Lebensmittelbank im Kanton Freiburg einsetzt und sie finanziell unterstützt. Abgesehen vom Verteilen von Grundnahrungsmitteln würde das Ziel dieser Lebensmittelbank darin bestehen, Vereine und Verbände zu unterstützen, die bereits Kontakt zu armutsbetroffenen Bevölkerungsgruppen haben, indem diese beim Sammeln von Lebensmitteln unterstützt werden. Laut der Grossrätin und dem Grossrat könnte eine solche Lebensmitteldatenbank zudem eine Lösung für *Food Waste* bieten und sich als Ort des Austauschs und der beruflichen Wiedereingliederung positionieren. Dies würde ermöglichen, Menschen mit Problemen bei der Lebensmittelbeschaffung respektvoll und langfristig zu helfen.

Die Grossrätin und der Grossrat beantragen dem Staatsrat, die Idee der Schaffung einer Freiburger Lebensmittelbank zu prüfen, um dieses Ziel zu erreichen.

II. ANTWORT DES STAATSRATS

In Zusammenhang mit der Coronakrise haben sich die sozial tätigen Freiburger Organisationen unter der Bezeichnung *Kollektiv MenschenWürdeFreiburg* zusammengeschlossen. Innerhalb des Kollektivs wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet, um Projekte und Ideen zu entwickeln. Die Freiburger Lebensmittelbank ist eine der ersten Baustellen, die einige in einer Untergruppe zusammengeschlossenen Vereine in Angriff genommen haben.

2021 stellte das *Kollektiv MenschenWürdeFreiburg* eine Koordinatorin und einen Koordinator für die Umsetzung der Freiburger Lebensmittelbank ein. Die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) wurde laufend über den Fortschritt des Projekts informiert.

Für den Staatsrat ist es wichtig, Lehren aus der Krise zu ziehen und geeignete Strukturen für die Zukunft umzusetzen. Deshalb haben sich mehrere Direktionen (GSD, ILFD, RIMU, VWBD) sowie der Sozialdienst der Stadt Freiburg im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung an Austauschsitungen mit den Projektleitenden der Lebensmittelbank beteiligt. Es wurden verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit zur Sprache gebracht, namentlich für die Versorgung oder die Schaffung von Plätzen für die berufliche Eingliederung.

Im September 2021 wurde der Verein «Freiburger Lebensmittelbank» gegründet. Der Staat Freiburg unterstützte ihn 2022 finanziell. Der Verein plant, während diesem Jahr seine Grundlagen

(Finanzierung, Funktionsweise und Logistik, Räumlichkeiten, Zusammenarbeit, *Corporate Design* usw.) zu konsolidieren.

Da die Arbeit an dieser Antwort auf das Postulat eine umfassende Analyse der Situation ermöglichte, hat der Staatsrat beschlossen, dem Postulat in Anwendung von Artikel 64 des Grossratsgesetzes direkt Folge zu leisten. Er schlägt somit vor, das Postulat anzunehmen und vom Bericht im Anhang Kenntnis zu nehmen, der zu folgenden Schlüssen kommt:

Erstens hat die Gesundheitskrise die Verletzlichkeit bestimmter Haushalte aufgezeigt; diese können sehr schnell in die Armut abrutschen und ihr Zugang zu lebensnotwendigen Gütern kann gefährdet sein. Zweitens sind die Massnahmen der beruflichen Wiedereingliederung für die Prävention und die Bekämpfung der Armut grundlegend. Drittens haben die Landwirtinnen und Landwirte unseres Kantons manchmal Schwierigkeiten, ihre Frischproduktelager abzusetzen. Diese drei Herausforderungen entsprechen den Zielen, die sich die Freiburger Lebensmittelbank gesetzt hat, wie auch den verschiedenen Strategien des Bundesrats beziehungsweise des Kantons Freiburg. Vor diesem Hintergrund hat der Staatsrat entschieden, den Start des Projekts zu unterstützen und seine Weiterentwicklung zu verfolgen, um die Möglichkeit einer langfristigen Finanzierung zu prüfen.

23. August 2022

Beilage

—

[Bericht 2022-DSAS-57 vom 23. August 2022](#)